Einzel-Nr.: 20 Pfennig

Heute mit Kinder-Kurier

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilder- u. Kinder-Kurier • Durch die Post in Deutschland monatlich 3.50 Mk. Beitellgld. extr. Ausland 6 Mk. einschl. Porto. Erscheint tägl. morg. Höh. Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftl., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Ferngespr. 17069-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme, auch nimmt jeder Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Pfennig. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Pfennig. — Gelegenheitsanz., Stellengesuche, Reklamezeilen, Rabatte usw. nach Tarif. Für fernm. Aufträ. mit R. L. J. Sonderbedingungen. Platz- u. Datenvorschrift, unverbindl. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Leipzig (Amtsger. Leipzig). Postscheck-Kto. Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 211 Leipziger Schriftleitung: Johannisgasse 8 (Fernsprecher 70811) Berliner Schriftleitung: Arthur v. Stein-Str. 5. II. Tel. Stephan 4101 u. 9038 — Sonnabend, den 1. August 1925 — Dresdner Schriftleitung: Dresden-A., Seestraße 5. Fernsprecher 32 596 — 119. Jahrg.

Das Ruhrgebiet frei

L C 31. Juli

Der Rest der französischen Besatzung, der noch in Mülheim a. d. Ruhr verblieben war, hat heute vormittag die Stadt verlassen, und damit ist das gesamte Gebiet der Ruhrzechen, in das die Franzosen im Januar 1923 einmarschierten, der Freiheit zurückgegeben. Die Bevölkerung hat, wie von dort gemeldet wird, das Ereignis ohne überschwengliche Kundgebungen, wenn auch mit großer Genugtuung, aufgenommen. Das entspricht durchaus den Empfindungen, die man diesem Vorgang allgemein entgegenbringen muß. Man hat keine Veranlassung zu Ausbrüchen der Begeisterung beim Aufhören eines Zustandes, der niemals etwas anderes gewesen ist als ein krasses Unrecht, dessen einzige wahre Begründung in der Wehrlosigkeit dessen bestand, dem es angetan wurde. In der Tat gingen alle anderen Argumente, mit denen die damalige französische Regierung den brutalen Vorstoß zu beschönigen versuchte, aus der Sophistik der Gewalt hervor, die unter Poincaré die französischen Beziehungen zu Deutschland beherrschte.

Wenn freilich dem Einfall der Franzosen in die Ruhr auch nicht den Schimmer einer wirklichen Berechtigung für sich in Anspruch nehmen konnte und daher immer als rohe Gewaltat erscheinen wird, so ist damit noch nicht die Frage beantwortet, ob von deutscher Seite alles geschehen ist, was zur Vermeidung eines Uebels getan werden konnte, über dessen Tragweite wir heute nur allzu gründlich unterrichtet sind. Denn mit der Ruhrbesetzung hängt aufs engste jene grauenvolle Episode zusammen, jene finanzpolitische Pest, die unter dem Namen der Inflation über den Großteil des deutschen Volkes hereingebrochen ist und so vielen bürgerlichen Wohlstand auf Jahrzehnte hinaus, wenn nicht für immer vernichtet hat. Das Ministerium Cuno-Rosenberg, das damals die deutschen Geschicke leitete, war sicherlich das untüchtigste, das uns seit dem Umsturz beschieden war, und noch heute ist kein Ende des Staunens darüber, wie lange es gedauert hat, bis die deutschen Parlamentarier die ganze Größe der Gefahr erkannten, von der das Reich durch die Unzulänglichkeit jener Regierung bedroht war. Erst als jedermann den völligen Zusammenbruch und Einsturz des Staatslebens unmittelbar vor Augen sah, wurde das Ministerium Cuno zum Rücktritt genötigt. Vielleicht zu keiner Stunde hat das Deutsche Reich so überzeugend den Beweis seiner unverwüstlichen Lebenskraft erbracht, wie in jenen Tagen, wo alles verloren schien, alles auseinanderzubrechen drohte, und dennoch die Rückkehr zu einiger politischer Vernunft an der leitenden Stelle des Reiches genügte, um die anscheinend unabwendbare Katastrophe zu verhüten und die Nation auf den Weg der Gesundung zurückzuführen. Wie man sich im übrigen auch zu Herrn Stresemann stellen mag, so muß ihm doch hoch angerechnet werden, daß er in jener tragischen Stunde das damals gewiß nicht verlockende Amt des Reichskanzlers zu übernehmen wagte. Strahlt auch sein Name nicht in ungetrübtem Glanz, so bleibt er doch mit der Erinnerung an Entschließungen verbunden, die das Reich buchstäblich in letzter Stunde vom Abgrund zurückrissen.

Die böseartigen Spitzfindigkeiten, an die uns Poincaré gewöhnt hatte, ließen die Ungewißheit darüber aufkommen, ob die Franzosen die im Dawesvertrag vorgesehene Räumung der Ruhr auch wirklich zur festgesetzten Zeit durchführen würden. Wenn solche Zweifel sich schließlich als unberechtigt erwiesen haben, so ist das nicht nur darauf zurückzuführen, daß die Aera Poincaré inzwischen in Frankreich zu Ende gegangen ist, sondern offensichtlich auch auf das eigene Interesse Frankreichs, das es sich diplomatisch und finanzpolitisch nicht mehr leisten konnte, die Gewaltherrschaft an der Ruhr über den festgesetzten Termin hinaus zu verlängern. Die gleichen Erwägungen, an denen namentlich auch die Rücksicht auf die finanziell so wichtigen Sympathien der Vereinigten Staaten beteiligt sind, werden wohl auch zur baldigen Räumung des sogenannten Sanktionsgebietes und endlich der Kölner Zone führen. Man ist den Franzosen keinen Dank dafür schuldig, daß sie nicht zuletzt auch in ihrem eigenen Interesse von offenkundigem Unrecht ablassen, doch immerhin darf man es begrüßen, daß die Räumung des Ruhrgebietes und hoffentlich recht bald auch von anderen Teilen deutschen Bodens dazu beitragen kann, die für die schwebenden internationalen Verhandlungen nötige Stimmung eines gewissen gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Das Ruhrgebiet vollständig geräumt

Die letzten Truppen abgezogen

Mülheim a. d. Ruhr, 31. Juli.

Freitag um 8 Uhr vormittags haben die letzten französischen Truppen, und zwar Teile des Infanterie-Regiments 161 Mülheim a. d. Ruhr verlassen. Hiermit ist das ganze Ruhrzechengebiet geräumt. Die Grenze des besetzten Gebietes, und zwar des Sanktionsgebietes verläuft nunmehr vom Rhein ab bei der Gemeinde Walsum weiter zwischen den Gemeinden Holten und Hamborn, von Holten bis zur Eisenbahnbrücke Oberhausen-Sterkrade, dann gleichlaufend mit der Eisenbahn von Oberhausen nach Styrum und der Eisenbahn von Styrum nach Kettwig an der Ruhr entlang bis nach Hattingen.

Essen, 31. Juli.

Essen ist frei! Nur im Gebäude des Bergbaulichen Vereins, dem Stabsquartier der 77. Division, ist noch eine Stabswache zurückgeblieben. Von der Stadtkommandantur, in der die französische Platzkommandantur lag und die der sichtbarste Ausdruck der französischen Besatzung war, wurde die Trikolore ohne Feierlichkeit und ohne jedes Aufsehen eingezogen und der Wachtdienst zurückgezogen. Artillerie und Kavallerie ist restlos abgezogen, die Infanterie verläßt seit den frühen Morgenstunden die Stadt. In großer oder kleiner Marschordnung marschieren sie mit oder ohne Musik durch die Straßen der Stadt in der Richtung nach Hamborn zu. Sie werden von einer südwestlich von Essen gelegenen Bahnstation aus verladen. Der Infanterie folgen Automobilkolonnen und Gerätewagen, die die Truppen außerhalb der Stadt teilweise aufnahmen. Die Kruppwerke, das Polizeipräsidium, die Ausstellungshalle und etwa 350 Wohnungen sind damit frei geworden. Die Sicherung der leerstehenden Gebäude wurde sofort von der Polizei übernommen. Die Stadt weist darauf hin, daß die Besatzung möglicherweise in den schon vor dem 15. August geräumten Plätzen des Ruhrgebietes Gendarmen oder andere Kontrollorgane zurückläßt. Für diesen Fall empfiehlt die Stadt der Bevölkerung eine ruhige und würdige Zurückhaltung zu bewahren.

Die Bevölkerung hat von dem Abzug der Truppen nur Notiz genommen, soweit sie gerade den abrückenden Formationen begegnete. Nichtsdestoweniger war die Spannung gerade in den letzten Tagen außerordentlich. Mit dem Abzug ist für Essen eine wesentliche Erleichterung verbunden. Platzmangel und die Beschlagnahme besonders wichtiger Gebäude, wie des Verwaltungsgebäudes des Bergbaulichen Vereins und der Ausstellungshalle, hatten sich im öffentlichen Leben merklich fühlbar gemacht und zu großen Sonderausgaben für die Betroffenen geführt.

Einigung im englischen Kohlenkonflikt

Staatliche Subvention der Industrie bis 1. April 1926

London, 31. Juli.

Der um Mitternacht abgeschlossene Vergleich zwischen Grubenarbeitern, Grubenbesitzern und der Regierung hat im wesentlichen die Form angenommen, die bereits von uns angekündigt wurde. Obwohl die gesamte Presse und alle Nachrichtenagenturen offenbar unter starkem amtlichen Druck bis gestern abend dementierten, daß die Regierung den Kohlenbergbau mit erheblichen Mitteln, die nach verschiedenen Versionen auf annähernd 100 Millionen Pfund zu schätzen sind, subventionieren werde, wußten die unmittelbar beteiligten Verhandlungsparteien, daß in der Dienstagssitzung des Kabinetts eine grundsätzliche Entscheidung gefällt worden war, die, sobald sie bekanntgegeben werden würde, einen Streik unmöglich machte. In der Dienstagssitzung des Kabinetts einigte man sich im Schoße der englischen Regierung darauf, daß eine längere Aussperrung oder ein Streik im englischen Kohlenbergbau ein unerträgliches Opfer für die übrige Wirtschaft bilden würde und infolgedessen die Regierung durch eine Subvention für die Industrie werde eingreifen müssen. Churchill, ernstlich besorgt um das Gleichgewicht seines Budgets, plädierte für strengste Geheimhaltung des grundsätzlichen Subventionsbeschlusses und setzte durch, daß der Premierminister, der selbst von diesem Zeitpunkt an die Vermittlung in die Hand nahm, den Auftrag erhielt, nur dann eine Subvention vorzuschlagen, wenn sich jede andere Verhandlungs- und Kompromißmöglichkeit als ausgeschlossen herausstelle.

Kabinettsbeschlüsse sind in England ebensowenig wie in anderen Ländern niet- und nagelfeste Geheimnisse. Einige informierte Journalisten und Politiker wußten bereits am Abend des Dienstags, daß der Bergarbeiterstreik nicht zustande kommen würde. Die Bergarbeiter, die gleichfalls Bescheid wußten, nahmen nunmehr plötzlich eine völlig intransigente Haltung ein. Sie erklärten, überhaupt nur verhandeln zu wollen, wenn die gegenwärtig geltende Arbeitszeit aufrechterhalten werde und die derzeitigen Löhne, deren Erhöhung sie anstrebten und weiter anstreben werden, als Mindestlöhne angesehen würden. Die Bergwerksbesitzer erklärten, daß sie nicht daran dächten, den um Mitternacht in Kraft tretenden Aussperrungsbeschluß zurückzunehmen, wenn sie nicht von der Regierung die Zusage erhielten, daß ab 1. August das gesamte Betriebsdefizit des Bergbaues aus öffentlichen Mitteln gedeckt würde. Die Regierung versuchte, beide Parteien zum Nachgeben zu bewegen. Sie legte den Bergwerksbesitzern nahe, noch einen Monat die Betriebsverluste aus den Reserven zu decken und regte bei den Grubenarbeitern an, sie möchten sich während der Verhandlungen, die über die Nationalisierung des Bergbaues geführt würden, mit einer Verlängerung der Arbeitszeit um 1 Stunde einverstanden erklären. Als sich bis gestern abend herausstellte, daß beide Kompromisse unannehmbar seien, ging Baldwin wieder zum Kabinett und erhielt nun die spezialisierte Ermächtigung, den Parteien folgendes Angebot zu machen: **Es wird ein Sachverständigenausschuß eingesetzt, in dem Bergarbeiter und Grubenbesitzer vertreten sind, der den Auftrag erhält, bis zum 1. April nächsten Jahres einen Bericht über die Nationalisierung des englischen Bergbaues zu erstatten. Die Regierung wird bis zum gleichen Zeitpunkt den Bergbau in einer noch näher zu vereinbarenden Form finanziell unterstützen. Die Bergarbeiter sind mit der Beibehaltung der bisherigen Löhne einverstanden und die Grubenbesitzer erklären sich damit einverstanden, den Aussperrungsbeschluß um 14 Tage hinauszuschieben, damit in dieser Zwischenzeit ein Abkommen auf der Grundlage dieser Richtlinien abgeschlossen werden kann.**

Während der Subvention der englischen Kohlenindustrie wird zweifellos auf Kosten der Staatsfinanzen ein entschlossener Versuch gemacht werden, die verlorenen Absatzgebiete der englischen Kohle im Auslande durch Abstoßung der auf eine vier- bis sechsmonatige Produktion geschätzten Haldenvorräte wiederzugewinnen. Wie weit der Preisabschlag für englische Kohle gehen wird, ist heute noch nicht genau bekannt. Die Grubenbesitzer erklären, daß eine Ermäßigung der Preise von 23 auf 19 Schilling pro Tonne erforderlich ist, um dem deutschen Wettbewerb überall erfolgreich begegnen zu können. Der Sachverständigenausschuß wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, ob die gegenwärtige lose Form der englischen Kohlenproduktion, die nur in kurzfristigen Preisabmachungen in die Erscheinung tritt, bei der die Gruben mit den höchsten Produktionskosten die Preise bestimmen, beibehalten werden kann oder durch eine syndikatartige Organisation ersetzt werden muß, die die Preise nach der jeweiligen Lage auf dem Weltmarkt reguliert und den nötigen Ausgleich herbeiführt, sowie die Vollmacht erhält, unrentable Gruben, die den Marktpreis ungünstig beeinflussen, stillzulegen.

*

London, 31. Juli.

Heute mittag begannen im Arbeitsministerium neue Besprechungen über die Bergbaukrise. Die Verhandlungen wurden vom Premierminister und Schatzkanzler geführt. Außer Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer war ein Sonderausschuß des Gewerkschaftskongresses, der in den ganzen Verhandlungen eine wichtige Rolle spielt, anwesend.

Der Finanzausgleich

Der Finanzausgleich gehört zu den schwierigsten Fragen der gegenwärtigen deutschen Gesetzgebung. Monatelang ist zwischen der Reichsregierung, dem Steuerausschuß des Reichsrates, dem Reichstage und den Landesregierungen verhandelt worden, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Als offene Frage kam deshalb der Gesetzentwurf über den Finanzausgleich aus dem Steuerausschuß an das Plenum des Reichstages zurück, und den Regierungsparteien lag es nun ob, einen Weg zu finden, der — ohne nochmalige Einigungsverhandlungen mit den Ländern — Aussicht darauf hatte, auch von diesen als gangbar angenommen zu werden. Ob dieses Ziel mit dem Kompromißantrage, der den Ländern eine Mindestbeteiligung an den Reichssteuern von 2,1 Milliarden Mark garantiert, erreicht worden ist, muß dahingestellt bleiben. Denn bei dieser Lösung bleibt es dabei, daß die Länder an dem Einkommen- und Körperschaftssteuer-Aufkommen mit nur 75 Prozent beteiligt werden, und eben für diesen Fall stellt Preußen, dem bei diesem Beschluß der Kompromißantrag der Regierungsparteien bereits bekannt sein mußte, einen Einspruch des Reichsrates gegen den Finanzausgleich in Aussicht. Der einzige Zweck, den der Kompromißantrag hat, wäre damit in Frage gestellt.

Wir haben in letzter Zeit des öfteren darauf hingewiesen, daß wir den Standpunkt, den die Landesregierungen in der Frage des Finanzausgleiches einnehmen, für durchaus unberechtigt, ja verwerflich halten. Es geht nicht an, das Reich von der wichtigsten Steuer, der Einkommensteuer, gänzlich auszuschließen und deren gesamten Ertrag für die Länder und Gemeinden zu reservieren. Ein solches Verlangen ist um so weniger erfüllbar, als die Landesregierungen eine ersatzweise Mehrbeteiligung an anderen Steuern, wie der Umsatzsteuer, in einer für das Reich geradezu verletzenden Weise ablehnten. Aber es wäre verfehlt, in den Landesregierungen, von denen einige in diesem Streite ihre im Grunde durchaus unitarische Einstellung betont haben, die Allein- oder auch nur Hauptschuldigen zu sehen. Die Hauptschuld trifft vielmehr die Deutschnationale Partei, die, als sie noch nicht Regierungspartei war, eine föderalistische Propaganda im Reiche veranstaltete und selbst, nachdem sie schon in die Regierung eingetreten war, durch den Reichsinnenminister verkünden ließ, daß die Staatsverfassung in föderalistischem Sinne umgestaltet werden müsse. Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die Länder beim Finanzausgleich, der den Angelpunkt der kommenden staatsrechtlichen Entwicklung Deutschlands zum Unitarismus oder Föderalismus bildet, ihre Rechnung präsentieren und es auf eine Machtprobe zwischen ihnen und dem Reiche ankommen lassen wollen.

Der leidtragende Dritte ist dabei der Steuerzahler. Nach den bisherigen Steuerberatungen im Reichstage kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß eine erhebliche Ermäßigung der Steuern möglich wäre. Aber wo soll gespart werden, beim Reiche, bei den Ländern oder bei den Gemeinden, und wer insbesondere soll damit beginnen? Das Reich verweist darauf, daß einzelne Gemeinden im vergangenen Jahre unnötige Ausgaben gemacht haben und der Finanzbedarf der Gemeinden überhaupt gegenüber der Friedenszeit unverhältnismäßig stärker gestiegen sei als der des Reiches. Hier also habe die Sparaktion zu beginnen. Die Länder werfen dem Reiche vor, daß es die Ueberschüsse des verflossenen Etatsjahres in Ruhrentschädigungen und ähnlichen Dingen schlecht angelegt habe, also könne das Reich zunächst einmal mit dem Sparen anfangen. Dieser unfruchtbare Streit hat zur Folge, daß zunächst gar nicht gespart wird, der Steuerdruck also, unter dem die Bevölkerung seit der Markstabilisierung seufzt, unvermindert fortbesteht.

Die einzige gesetzgebende Körperschaft, die Abhilfe schaffen könnte, ist der Reichstag. Aber dort haben die Regierungsparteien eine Willkürherrschaft errichtet, und sobald sie sich über eine Angelegenheit geeinigt haben, ist diese entschieden. „Ich verstehe nicht," rief der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer bei der Generaldebatte über die neuen Steuergesetze den Regierungsparteien zu, „wie Sie eine den vor-